



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

135 (26.3.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190589](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190589)

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Fritz Holtenbaum. Druck: Dr. Fritz Holtenbaum, für den Verleger Dr. A. M. Braun, für den Verleger Dr. A. M. Braun, für den Verleger Dr. A. M. Braun.

Badische Neueste Nachrichten

Verleger: Dr. Fritz Holtenbaum. Druck: Dr. Fritz Holtenbaum, für den Verleger Dr. A. M. Braun, für den Verleger Dr. A. M. Braun, für den Verleger Dr. A. M. Braun.

Das gesamte Kabinett zurückgetreten.

Neue Krise.

Der Druck der Gewerkschaften. — Der Fall Schiffer.

Berlin, 26. März. (W.) Das gesamte Kabinett ist zurückgetreten. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung ist abgebrochen.

Berlin, 26. März. (Von unserm Berliner Büro.) Die Ereignisse überstürzen sich. Gestern mittag glaubte man der Schwierigkeiten im wesentlichen Herr geworden zu sein und ein neues Kabinett endlich gefunden zu haben, ein Übergangs- und Geschäftsmministerium, das die Angelegenheiten der Republik bis nach den Neuwahlen verwalten sollte. Dann, so war es wenigstens der feste Entschluß der Demokraten, sollten alle Minister ausnahmslos zurücktreten und das neue Kabinett auf dem Boden des neuen Reichstags gewählt werden. Da mißfiel sich die Gewerkschaften ein, was den die Frage Schiffer auf und über dieser Frage ist dann das Ministerium Bauer gefallen. Herr Bauer hat heute früh die Gesamtdemission des Kabinetts übergeben und derzeit bemüht sich Herr Hermann Müller ein neues Kabinett zu bilden. Auch hier aber — das Kabinett würde sich ja im wesentlichen aus den Mitgliedern des nicht verjüngten ehemaligen Übergangsministeriums Bauer zusammensetzen — komplizieren sich die Dinge von neuem an der Frage Schiffer.

Um die Mittagszeit war die Lage diese: Die heutige Sitzung der Nationalversammlung ist abgebrochen worden. Grund: Wir haben zur Zeit keine Regierung. Es bleibt dabei, daß Herr Hermann Müller die Bildung des Kabinetts übernimmt. Aber da es sich doch wohl um ein ganz neues handeln soll, ist die Angelegenheit nicht im Handumdrehen zu erledigen. In diesem Zusammenhang wird es nötig sein, schon jetzt einiges über die Haltung der demokratischen Fraktion zu sagen. Sie war in allen ihren Teilen, die radikalsten mit eingeschlossen, die sonst den acht Punkten zustimmen geneigt sind, der Auffassung, daß es einfach unmöglich sei, sich dem Gehot der Gewerkschaften zu fügen, die plötzlich einen im Amt befindlichen Minister — Herrn Schiffer — ausgemerzt sehen wollten. Anders würden die Dinge liegen, wenn Herr Hermann Müller ein ganz neues Kabinett bilden aus Männern, die bisher der Regierung nicht angehört haben. Dann ginge es nicht an, aus dem Fall Schiffer noch eine Prellfrage zu machen. Wenn zum Beispiel Herr Hermann Müller neue Männer beruft, wenn er, wovon die Rede ist, den Grafen Ranau mit der Leitung der auswärtigen Geschäfte betraut, zum Reichswehrminister einen demokratischen General beruft und dergleichen mehr, könnte man verfassungsrechtliche Einwände nicht mehr erheben. Dem will auch die demokratische Fraktion sich fügen und will ihr Rachegehen gegen den Druck der Gewerkschaften mit etwa folgender Argumentation umfassen. Dieses Kabinett hat so viele Qualitäten, daß wir ihm unser Vertrauen nicht verweigern können. Es wird allerdings Zeit, daß Herr Hermann Müller auf solcher Grundlage die Bildung des Ministeriums beginnt. Es wäre eine Bankrotterklärung des jungen deutschen Parlamentarismus, wenn wir noch vierundzwanzig Stunden unter diesen Geburtswehen leiden sollten.

Schiffer.

Wie vorausgesehen, macht die unabhängige Frankfurter Zeitung in Sachen Schiffer den Generalstreikern schon ein bedeutendes Geständnis. Herr Schiffer soll sich recht fertigen:

Die am Streik beteiligten Arbeiter- und Angestellten-Organisationen haben unter dem Vorhoh von Karl Regien und laufend auf den sogenannten neuen Vereinbarungen gegen einzelne Ministerkandidaten ihren Einspruch geltend gemacht. Sie haben den bisherigen Staatsminister und Reichsfinanzminister, der auf seinem Posten verbleiben sollte, abgelehnt, weil er nach ihrer und nach der Meinung anderer (1) den Hochverrätern zu weit entgegengekommen sei. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß Herr Schiffer in aller Öffentlichkeit so bald wie möglich über seine Tätigkeit während der Tage der Berliner Militär-Diktatur Bericht erstattet, damit Antikarrieren beseitigt werden und das Urteil über sein Verhalten objektiv sein kann.

Die Demokratische Fraktion und die neun Punkte.

Berlin, 26. März. (Von unserm Berliner Büro.) Die angekündigte Erklärung der Demokratischen Fraktion zu den neun Punkten hat folgenden Wortlaut:

Die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei der Nationalversammlung hat von den Besprechungen Kenntnis genommen, welche einige Abgeordnete der drei Reichsparteien unter Ablehnung der Bindung ihrer Fraktionen in der Nacht vom 19. auf den 20. März geführt haben. Die Bedenken, welche einzelne der aufgestellten Forderungen hervorgerufen, sind von unseren Fraktionsmitgliedern schon bei jenen Verhandlungen betont worden. Es wurde deswegen schon damals allseitig festgestellt, daß die Durchführung der aufgestellten Forderungen nur erfolgen soll und darf:

- 1. Streng auf dem Boden und im Rahmen der Reichsverfassung.
2. Unter Wahrung der demokratischen Gleichberechtigung aller Volksgenossen, Berufskreise, Organisationen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, von Landwirtschaft und Gewerbe.
3. Unter Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand unserer Volkswirtschaft und die gebieterische Notwendigkeit, die Produktion auf allen Gebieten zu steigern.

Wir fordern in der Nationalversammlung noch vor den Neuwahlen: Sofortige Entwaffnung und Bestrafung der am Staatsstreik Schuldigen, Demokratisierung und grundsätzliche Einigung der Verwaltung von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, Auflösung der gegenrevolutionären militärischen Formationen, die der Verfassung nicht treu geblieben sind und ihre Erziehung durch Formationen aus allen Kreisen der zuverlässigen revolutionären Bevölkerung, Einsetzung verfassungstreuer Führer, Einberufung der Sozialisationskommission unter Zuziehung der Berufsverbände, zwecks Feststellung der für eine alsbaldige Sozialisierung geeigneten Wirtschaftszweige, unter Ausschaltung der hierfür ungeeigneten mittleren und kleinen Betrieben. Zu der Befreiung des künftigen Reichstags wird unsere Partei in ihrem Wahlprogramm getreu ihren Grundfahnen fordern: eine soziale Befreiung, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle rechtliche Gleichstellung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet dauernd und unerschütterlich gewährleistet und ein freihetliches Beamtenrecht schleunigst einführt. Auf konstitutionellem Gebiet muß die volle Freiheit und die alleinige Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und der Volksvertretung als demokratische und staatsrechtliche Grundforderung erhalten werden.

tionstabinetts unter Einfluß aller Parteien, die dazu bereit waren, vor. Dieses Koalitionskabinett hätte, wenn es am Montag zustande gekommen wäre, als Ersatz für die auf die Berliner Verhältnisse völlig einflußlose Stuttgarter Regierung zur sofortigen Entspannung der Lage geführt. Die tatsächlichen Bemühungen auf Verständigung fanden zunächst keine Gegenliebe bei den Reichsparteien bis die ungeheuer gewachsene kommunistische Gefahr nach weiteren 3 Tagen die in Berlin anwesenden Vertreter der Regierungsparteien doch zwang, die früher abgelehnten Bedingungen der Neuwahl der Nationalversammlung, der Sicherung der Reichspräsidentenwahl durch das Volk und der Umgestaltung des Kabinetts zuzustimmen. Die Deutsche Volkspartei hat aber in einem Augenblick der Verhandlungen einen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich nicht zu einem Ministerium dränge, sofern durch ihre Teilnahme eine Erschwerung der Lösung der politischen Lage eintreten sollte.

Gesamtdemission des preussischen Kabinetts?

Berlin, 26. März. (Von unserm Berliner Büro.) Das preussische Kabinett wollte sich, wie wiederholt erklärt wurde, nach der Haltung des Reichstabinetts richten. Bleibt es auf diesem Standpunkt stehen, muß es nunmehr seine Gesamtdemission nehmen. In diesem Zusammenhang sei bemerkt, daß Ministerpräsident Hirsch noch vor fünf Tagen seinen Rücktritt angeboten hatte und daß er hinterher noch einmal ein kritisches Abschiedsgesuch eingereicht, aber auf die dringenden Bitten seiner Kollegen, auch der kürzerlichen, von seinem Rücktritt Abstand genommen hat. Die B.Z. erfährt, daß die mehrheitssozialistische Fraktion der preussischen Landesversammlung gestern Abend beschlossen hat, den Ministerpräsidenten Hirsch und den Finanzminister Südekum fallen zu lassen.

Zur Aufklärung.

Von Dr. Otto Hugo, Mitglied der Nationalversammlung.

Geschäftige Parteimitglieder sind an der Arbeit, mit den Witten der Verleumdung und der politischen Verdrehung die Stellung der Deutschen Volkspartei zu der Militärrevolte in Berlin in durchaus falschem Lichte darzustellen. Diese Kreise scheinen immer noch nicht zu erkennen, wie völlig nebensächlich im Augenblick der Parteivorteil ist gegenüber dem entscheidenden Moment, ob das deutsche Vaterland vor der Herrschaft des Kommunismus und Bolschewismus gerettet wird oder in ihr versinkt. Etwas anderes steht für jeden ernstlichen Politiker gegenwärtig nicht auf dem Spiele. Die Lage im Lande ist so kurzbar ernst, daß jeder Parteimitglied und die Geschlossenheit einer einheitlichen Handlung ausgelöst werden sollte. Wehe den Parteifanatikern, die auch jetzt noch den trostlosen Mut besitzen, das Feuer des Parteihaders zu schüren, um daran ihre jämmerliche Parteiluppe zu locken.

Die Deutsche Volkspartei hat vom ersten Augenblick des Kapp'schen Putsch an ihre Aufgabe darin gesehen, den angegriffenen Schaden so schnell wie möglich aus der Welt zu schaffen, verfassungsmäßige Zustände wieder herzustellen und die Ordnung gegen die kommunistische und bolschewistische Gefahr im Innern durch Heeresmacht sicher zu stellen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Deutsche Volkspartei nicht wie die sozialistische Regierung und die Deutsche demokratische Partei zum Generalstreik, zur Bahnmlegung der gesamten deutschen Wirtschaft aufgerufen, sondern den Weg der praktischen Verständigung beschritten, indem sie auf der einen Seite mit den verfassungstürzenden Gewalttätigen in Berlin und auf der anderen Seite mit Vertretern der Reichsparteien unerschrocken, und zwar bereits am Sonntag, den 14. März, Verhandlungen anknüpfte. Daß dabei die Regierung Bauer ausschaltete, lag an der einfachen Tatsache, daß sie nicht vorhanden und zu erreichen war. Wäre es gemäß den Absichten der Deutschen Volkspartei gelungen, bereits am Montag, den 15. März, zu einer Verständigung mit den Reichsparteien über die Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Regierung zu gelangen, so wären die folgenschweren Nachwirkungen des durch eine lange Dauer so wirksam gewordenen Generalstreiks zu vermeiden gewesen. Es wird von der Regierungsseite und der demokratischen Partei behauptet, daß Herr von Büttow davon abgesehen sei. Diese Behauptung ist durchaus falsch. Der Rücktritt und damit die für die Truppe krisenlose Entfaltung v. Büttow erfolgte auf Grund von Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien und dem General v. Büttow, die von einem Vertreter der Deutschen Volkspartei ermöglicht worden sind. In diesen Verhandlungen wurden die Bedingungen festgelegt, unter denen Herr v. Büttow bereit war, von seinem Posten als Militärbefehlshaber in Berlin zurückzutreten. Den Vertretern der Reichsparteien lag angesichts der durch das ganze Land hindurchlaufenden kommunistischen Feuersbrunst außerordentlich daran, auf dem Wege dieser Verständigung die Kommandogewalt über die Berliner Truppen wieder in die Hand zu bekommen. Wäre es anders gewesen, so hätten die Vertreter der demokratischen Partei und der Zentrums- partei sicherlich in Übereinstimmung mit der gelobten Regierung nicht mit Büttow verhandelt, noch viel weniger ihre Zustimmung zu dem für Herrn v. Büttow annehmbaren politischen Kompromiß gegeben. Hier war es das politische Wirken und Eingreifen der Deutschen Volkspartei, die der heutigen Regierung unter Vermeidung von Konflikten innerhalb der Truppen, die militärische Macht in Berlin wieder in die Hand gesperrt hat. So und nicht anders stellt sich das politische Wirken der Deutschen Volkspartei in den schwersten Konfliktmomenten dar, als die Regierung in Berlin ausgedrückt hatte, eine Macht zu sein.

Der Deutschen Volkspartei schwebte zunächst bei den Sonntagsverhandlungen die Bildung eines Koalition-

tionstabinetts unter Einfluß aller Parteien, die dazu bereit waren, vor. Dieses Koalitionskabinett hätte, wenn es am Montag zustande gekommen wäre, als Ersatz für die auf die Berliner Verhältnisse völlig einflußlose Stuttgarter Regierung zur sofortigen Entspannung der Lage geführt. Die tatsächlichen Bemühungen auf Verständigung fanden zunächst keine Gegenliebe bei den Reichsparteien bis die ungeheuer gewachsene kommunistische Gefahr nach weiteren 3 Tagen die in Berlin anwesenden Vertreter der Regierungsparteien doch zwang, die früher abgelehnten Bedingungen der Neuwahl der Nationalversammlung, der Sicherung der Reichspräsidentenwahl durch das Volk und der Umgestaltung des Kabinetts zuzustimmen. Die Deutsche Volkspartei hat aber in einem Augenblick der Verhandlungen einen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich nicht zu einem Ministerium dränge, sofern durch ihre Teilnahme eine Erschwerung der Lösung der politischen Lage eintreten sollte.

Die Deutsche Volkspartei erkannte von Anfang an, daß die scharfe Generalstreikpartei mit der Autorität der Regierungsmacht durchgesetzt und von einer bürgerlichen, der demokratischen Partei mit Fanatismus unterstützt, die ohnehin durch das Kapp'sche Unternehmen ausgerührte radikale Bewegung des Kommunismus außerordentlich fördern würde. Diese Erkenntnis hielt die Deutsche Volkspartei davon ab, in die Generalstreikpartei mit hineinzustößen, ließ sie auf der anderen Seite aber auch dahin wirken, nicht den Schrei nach Entwaffnung und Demütigung des Heeres einzustimmen. Mit jeder Stunde wachsender kommunistischer Gefahr wuchs die politische Bedeutung eines für die Aufrechterhaltung der Ordnung kampfbereiten Heeres. Daß dieses Heer nicht durch jene wahnsinnige Hege, die in Berlin gegen alles was Waffen trug eingesetzt, gefördert werden konnte, daß das Heer vor einer Achtung durch das Bürgertum bewahrt werden mußte, hat die Deutsche Volkspartei als entscheidend für ihre Haltung betrachtet, im Gegensatz zu den weiter links gerichteten Parteien. Wenn heute in Berlin nicht der Kommunismus herrscht, und der Mob nicht zur Gefahr für friedliche Bürger wurde, so liegt das nicht an einer wirksamen Führung der Regierungsgeschäfte — davon verspürt in Berlin niemand etwas — sondern daran, daß die Berliner Bürger trotz ihrer Unabwiesbarkeit unter dem sicheren Schutz der Bajonette der Truppen sicher haben schlafen können. Wer staatsverhaltende Politik treiben will, muß sich auch im Augenblick höchster leidenschaftlicher Anreize dessen bewußt sein, daß die Erhaltung der Staatsnotwendigkeiten höchstes Gesetz des politischen Handelns bleiben muß. Die erste Staatsnotwendigkeit ist aber, das ist die erste Lehre der Märzrevolte — ein zuverlässiges Heer. Ob links oder rechts regiert wird, ohne ein zuverlässiges Heer kann ein Staat nicht leben. Der Zustand, daß 5000 Soldaten von Döberitz unarmiert das ganze Reichsgebäude über den Haufen werfen und die Regierung zur Flucht zwingen konnten, ist eben der klare Beweis dafür, daß uns die alte Regierung in der Republik noch keine festen Staatsfundamente gegeben hatte, denn was den 5000 Soldaten glückte, hätte schließlich einige Wochen später 5000 Kommunisten glücken können, dann vielleicht aber mit noch verheerenderen Folgen.

Die politischen Nachwirkungen des Generalstreiks treten in ihrer Größe täglich schärfer und klarer in Erscheinung. Die Verständigung der Reichsparteien mit den Gewerkschaften war bereits die Kapitulation vor der Diktatur von links, war bereits Verfassungsverletzung wenn nicht Verfassungsbruch. Den Gewerkschaften soll ein bestimmter Einfluß auf die Bildung des Kabinetts und auf die gesetzgeberische Betätigung eingeräumt werden, beides nach der Verfassung nur Aufgaben des vom Volk gewählten Parlamentes. Das ist die Zertrümmerung der Volkssouveränität und die Aufrichtung einer Diktaturherrschaft. Die jetzt unsere Ordnung schützenden Truppen, soweit sie sich nach Ansicht der Regierung haben verhalten lassen an der Militärrevolte teilzunehmen, sollen entlassen werden, dafür aber die Bewaffnung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten erfolgen. Das ist die Preisgabe der Sicherheit und Ordnung aus den Händen der Staatsgewalt, in die Hände einer Parteiligue als. Sind die Waffen erst in die Hände der Arbeiter, so wird der Kommunismus schon Sorge dafür tragen, daß diese Waffen den politischen Zwecken des äußersten Radikalismus dienen werden.

Alle diese Ereignisse mit ihren ganzen Folgen zeugen dafür, daß der einzig rettende Gedanke der war, nicht die Lage durch Schürung des Parteifanatikus machlos zu verschärfen, sodah schließlich eine Aufrechterhaltung der Ordnung und Verfassung kaum mehr möglich ist, sondern so schnell wie möglich den Zusammenschluß der Parteien zur Ausmerzung der Regierung Kapp-Büttow herbeizuführen. Heute schon wird es jedem klar sein, daß es eine tausendfach leichtere Aufgabe war, wenn alle Parteien sich zu diesem Zweck zusammenschlossen und von den Beamten des Staates unterstützt wurden, die Kapp und Büttow zu vertreiben, als den zum ersten Mal in Deutschland nur mit Hilfe der Staatsgewalt und der moralischen Unterstützung zweier Regierungsparteien durchgeführten Generalstreik wieder aus der Welt zu schaffen. Die schärfste und rücksichtsloseste Verurteilung der Kapp'schen verbrecherischen Kriemildt war trotz allem nicht der Schlüssel zur Lösung der Lage, sondern das sofortige politische Handeln aller staatsverhaltenden Parteien unter Würdigung der ungeheuren Folgen, die eine politische Verheerung gerade in dem Augenblick höchster Leidenschaften mit sich bringen mußte.

Zum Schluß noch das Eine. Jede Andeutung, daß die Deutsche Volkspartei in irgend einer Instanz oder in irgend welchen Personen an den Vorbereitungen des Putsches, an seiner Durchführung oder an seiner Festigung mitgearbeitet hätten, herauf auf frivoler, dem Parteihoch dienender Erfindung. Die Aufklärung der folgenden Wochen werden das klar erwei-

sen. Die Deutsche Volkspartei hat weder in Worten noch in Taten jemals den Boden der liberalen Fortentwicklung unseres Staatslebens auf der Verfassungsgrundlage verlassen. Gleich fern, ja unerbötlich fern steht sie der hinterwärtigen Idee, sich ausgerechnet politisch einem Kapp anzuschließen. Nichts als politische Parteien gegenüber dem, was sie in den schwersten und ernstesten Konfliktlagen deutscher Schicksalswende getan haben von einem so reinen Gewissen getragen sein, wie es die Deutsche Volkspartei in der Tat ist. Sie hat nicht an sich, sondern hat nur an die vaterländische Sache gedacht und ist auf diesen Wege nicht der Versuchung verfallen, dem Parteifanatismus zu huldigen, sondern hat in ihrem positiven Handeln völlig im Interesse des Staates die politische Vernunft und Besonnenheit abwahlen lassen.

Einrücksschleife Verammlung der Deutschen Volkspartei in München.

München, 26. März. (Priv.-Tel.) Die Deutsche Volkspartei (nationalliberale Partei) München besetzte sich in ihrer letzten Versammlung mit den politischen Ereignissen der jüngsten Vergangenheit. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick. Bedeutungsvoll für Bayern sei die Einsetzung einer bürgerlichen Regierung unter Beteiligung des Bayerischen Bauernbundes.

Der eigentliche Bericht statter des Abends, Rechtsanwalt Dahn, ergänzte und erweiterte diesen Rückblick und liete scharfe Kritik an den politischen Verhältnissen, die mit Rotenbedeutung zu den Berliner Vorgängen führen mußten. Man man an dem Vorgehen Kapp ansehen, was man will, ein Verdienst muß ihm jeder zugestehen, meinte der Redner. Die Radikalen wurden jetzt genötigt, früher, als es für sie gut war, zu zeigen, daß alles vorbereitet war für eine gewalttätige Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Anders lasse sich die bewaffnete Organikation der Arbeitermassen, zumal im Ruhrgebiet nicht erklären. Unter dem Eindruck der Entlassung Kapps und der Nachricht über die Neubildung einer Arbeiterregierung in Berlin betonte der Redner, daß dies nur eine verkappte Räterepublik bedeute. Unzuverlässig sei schon die alte Regierung gewesen, das sei unfehlbar, trotz des unermüdlichen Nachrichtendienstes, mit dem die Gesetze des deutschen Volkes in diesen Tagen verwirrt wurde.

Innerschulische und das parlamentarische System morschlich Bloßstellendes mußte der Redner als unmittelbarer Zeuge der Vorgänge über das Betreiben der Parteien hinter den Kulissen des bayerischen Landtages zu berichten, wobei er auf die Haltung der demokratischen Führer im Reichstag (Generalstreik) und in Bayern zu sprechen kam, die in weiten Kreisen der eigenen Partei kein Verständnis mehr finden. Erfreulich sei aber trotzdem, daß eine vertrauenswürdige Persönlichkeit an die Spitze der bayerischen Regierung gekommen sei. Im Lande werde dieser ehrliche Treuhänder seine Stütze finden. Würde der Berliner Plan zur Wirtschaft, dann sei die Gefahr des Verfalls des Reiches in jurchbare Nähe gerückt. Am parlamentarischen System gehe Deutschland zugrunde. Aber vielleicht sei gerade der Süden und Osten berufen zur Wiedererweckung des nationalen Gedankens.

Der Redner schloß: Wir leben und sterben für die Hoffnung, daß Deutschland für unsere Kinder und Enkel neu erblüht.

Rebhafter Beifall dankte den Ausführungen, und eine reue Aussprache im Sinne des Berichtstatters ließ erkennen, daß das Vorgehen die Stütze und Hoffnung der Staatsordnung sei. Es wurden zwei Entschließungen einstimmig angenommen.

Die erste lautete: Wir erheben scharfsten Einspruch gegen die in Berlin zwischen den Koalitionsparteien geschlossenen, die Verfassung verletzende Vereinbarungen, vor allem dagegen, daß den am Generalstreik beteiligten Organisations der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf die wirtschaftliche und sozialpolitische Gesehung ein einseitiger Einfluß eingeräumt werde und daß der Rationalisierungsneue, die wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung aller gefährdende Gesetze aufgezungen werde. Endlich, daß die die Räterepublik als ihr politisches Ideal ansehende U. S. P. in die Regierung aufgenommen werden soll.

In der zweiten Entschließung wurde der Reichswehr, Sicherheits- und Einwohnerwehr sowie den Zeitweiligen der heraldische Dank für ihr opfermütiges Eintreten zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ausgesprochen.

Der 13. März und die Koalitionsparteien.

Noch immer bemühen sich die Blätter der Linken, nachzuweisen, daß die rechts von der Koalition stehenden Parteien im Zusammenhang mit dem Staatsstreich vom 13. März stehen. Da ist es nun sehr bemerkenswert, daß ein auf dem äußersten rechten Flügel der Rechten stehendes Blatt, wie die Deutsche Tageszeitung, darauf hinweist, wie unerwünscht und wie ungewünscht die Bestrebungen und Ausschichten der Rechten das Unternehmen Kapp gekommen ist:

Die Schuld der Regierung Bauer ist durch die Ereignisse vom 13. März und ihre Folgen um einen Niesenposten vergrößert worden. Während ihre politische und wirtschaftliche Unfähigkeit Deutschland dem Abgrund immer näher trieb, existierte sie sich zugleich immer mehr von dem verfassungsmäßigen Boden, auf dem sie stand. Dadurch, daß sie das Leben der Nationalversammlung, die nur die neue Verfassung mit den sich anschließenden Gesetzen zu schaffen und die für die Vorbereitung in die Neuordnung sonst notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zu treffen hatte, sinnlich verläßerte, das Gesetz über den Volkenscheid den ganzen Winter hindurch überhaupt nicht vorlegte und zuletzt mit dem Glanz spielte, das Volk um sein Recht der unmittelbaren Wahl des Reichspräsidenten zu bringen, hat sie Geist und Wesen der Weimarer Verfassung auf das schwerste verletzt.

Die Schuld auf die Koalitionsparteien zu schieben, kann auf die Dauer umso weniger gelingen, als eben die Ereignisse vom 13. März nicht nur völlig unerwartet, sondern auch im höchsten Maße unerwünscht gekommen sind. Die ganze Entwicklung der Dinge arbeitete für sie. Ihre Ausschichten, bei den Neuwahlen eine nicht mehr zu übersehende Modifikation zu erreichen, besserten sich von Tag zu Tag. Sie konnten umso mehr abwarten, bis ihre Ernte von selber reifte, als sie gar kein Interesse daran hatten, bald an die Regierung zu kommen.

Die Lage im Reich.

Berlin, 26. März. (Von unserem Berliner Büro.) Heber die Lage im Reich erfahren wir: Im Ruhrgebiet, einschließlich Dortmund und Hagen soll auf Wunsch der drei sozialdemokratischen Parteien ein Bezirkerrat errichtet werden, der zu dem Bielefelder Abkommen Stellung nehmen soll. Der Grund hierfür liegt wahrscheinlich darin, daß die Vollzugsräte die Verantwortung nicht mehr allein tragen, sondern sie auf weitere Grundlages verbreiten wollen. Der gestern ausgegebenen Generalstreikspartei ist nur ein Teil der Arbeiter gefolgt. Es

wird erwartet, daß die Arbeit wieder allgemein aufgenommen werden wird.

In Stettin ist die Arbeit fast in allen Betrieben wieder aufgenommen worden. Nachdem die Frist zur Waffenlieferung am 24. ds. Mts. abgelaufen ist, wird jetzt die Stadt nach Waffen durchsucht. Auch in der Provinz und auf dem Lande wird fast überall gearbeitet. In Thüringen geht die militärische Operation weiter. In Falkenstein im Vogtland ist ein Aktionsauschub gebildet worden. In Chemnitz und der Bornaer Gegend sind ebenfalls Aktionsauschüsse gebildet worden, die jedoch in die behördlichen Geschäfte nicht eingreifen.

In Leipzig ist Ruhe. Es stellt nur das Stadtparlament als Protest gegen den Militärbefehlshaber. Es will unter dem Belagerungszustand und unter Aufsicht des Militärkommandos keine Sitzung halten.

r. Düsseldorf, 26. März. (Pr.-Tel.) Nach kaum 12stündiger Dauer ist der Generalstreik in Dortmund heute vormittag wieder eingestellt worden. Die Zeitungen erscheinen wieder.

r. Düsseldorf, 26. März. (Eig. Drath.) Heute findet in Hagen eine Konferenz der Vollzugsräte im Ruhrrevier statt, um zu dem Bielefelder Abkommen Stellung zu nehmen. Da die Kommunisten ihrerseits das Abkommen gebrochen haben, ist in der heutigen Sitzung mit einer Trennung der rechtslebenden Sozialisten, der Unabhängigen von den Kommunisten und Spartakisten zu erwarten. Falls es zu dieser Trennung kommt, ist aber mit scharfen Zusammenstößen innerhalb der Arbeiterschaft zu rechnen.

Truppenbewegungen ins Ruhrgebiet erlaubt.

m. Köln, 26. März. (Pr.-Tel.) Wie aus amerikanischen und englischen Quellen gemeldet wird, haben die verbündeten Mächte beschlossen, der deutschen Regierung zu erlauben, 100 000 Mann nach dem Ruhrgebiet zu entsenden, die, falls sie nicht genügen sollten, um die Ruhe wieder herzustellen, durch 80 000 Mann belgische, französische und englische Truppen verstärkt werden sollen.

Die Kämpfe um Wesel.

m. Köln, 26. März. (Pr.-Tel.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Aachen: Im französischen Hauptquartier ist ein Bericht über die Lage bei Wesel eingegangen, dem der Volksfreund folgendes entnimmt:

An den Lören, 500 Meter von der großen Rheinbrücke, die von belgischen Truppen bewacht wird, befinden sich einige Tausend Mann Reichswehr im Kampf gegen eine mindestens fünffache Ueberzahl Spartakisten. Die Kräfte der Reichswehr haben sich aus dem Ruhrgebiet nach hierher zurückgezogen. In Wesel hat der deutsche General Rabitsch sein Hauptquartier. Die Reichswehr kämpft mit Verzweiflung, denn die Spartakisten geben keinen Vorstoß. In einem Dorf sind alle Bauern beim Donner der Geschütze und Maschinengewehre geflohen. Als wir uns der Weseler Brücke näherten, hörte man Maschinengewehrfeuer aus der Stadt. Ein unauffälliges Maschinengewehrfeuer, welches von Zeit zu Zeit die Kanonen überläßt. Am Eingang der Brücke, auf dem linken Ufer, halten Belgier die Wacht. Hauptmann Vorges, der Befehlshaber der belgischen Posten, gibt Auskunft über die Lage. Die Notizen haben die Lippe überschritten und bedrängen die Stadt aus der Nähe. Die Regierungstruppen schießen von der Zitadelle aus. Gegen diese haben die Notizen Geschütze gerichtet, die eine Anzahl Schüsse in die Zitadelle geschickt haben. Die Reichswehr hat keine Schützengraben zu ihrer Verteidigung ausgeworfen, ebenso die Angreifer nicht. An der Lippeverbindung ist der Kampf am heftigsten. Die Reichswehr macht einen Gegenangriff. Starke Explosionen von den Mörsern der Renierungstruppen sind vernehmbar. Die Reichswehr könnte ihre Lage verbessern. Auf dem belgischen Ufer kommen fortgesetzt Vermundete an; dort ist eine Sanitätsstation eingerichtet.

In Wesel herrscht Schrecken. Die Bevölkerung sitzt in den Kellern. Der Bürgermeister ist zurückgetreten. Die Notizen begeben Aufschreitungen. Die Flüchtlinge erzählen, daß die Kräfte der Reichswehr schwächer werden und des Nachts Soldaten desertieren.

Eine neue bayerische Regierungskrisis?

München, 26. März. (Pr.-Tel.) Die Annahme des Antrages des Abg. Wohlmut (Bayer. Volkspartei) auf Aufhebung der Simultanschulverordnung droht allenfalls zu einer neuen bayerischen Regierungskrisis zu führen. Im Organ der deutsch-demokratischen Partei, der „Süddeutschen Korrespondenz“, heißt es: „Die Bayerische Volkspartei hat bei der Kabinettsbildung zugefagt, daß auf kulturpolitischem Gebiete bis zu den Neuwahlen keine strittigen Fragen aufgeworfen werden sollen. Diese mehrmals wiederholte Zusicherung sei eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Eintritt der Demokraten in das Kabinet gewesen. Wenn nun die Bayerische Volkspartei glaube, sich darüber hinwegsetzen zu können, so müsse sie sich über die Folgen im Klaren sein. Ueber den Ernst der Lage sei sowohl die Bayerische Volkspartei, wie das Gesamtministerium hinreichend unterrichtet worden.“

Badischer Landtag.

22. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 26. März.

Präsident Kapp eröffnet um 9.10 Uhr die Sitzung. Das Haus nahm in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Verordnungsgebung des Staatsbahnbereiches an. Ferner, ebenfalls in zweiter Lesung den Gesetzentwurf über die Eingemeindung Kirchheim in Heidelberg. Endlich noch das Finanzgesetz.

Abg. Dr. Gothein (Dem.) berichtet für den Haushaltsauschub über den Kaufvertrag zwischen dem badischen Domänenrat und der Badischen Siedlungs- und Landbank G. m. b. H. in Karlsruhe über das Siedlungsgelände in Hagenschieß. Ueber die Behandlung der Angelegenheit im Ausschub berichtet Abg. Gothein u. a. Das Verfahren der Regierung wurde von allen Seiten gleichmäßig gerügt, denn seit langer Zeit steht die Regierung in Verhandlungen mit der Landbank, ohne daß sie den Landtag davon in Kenntnis gesetzt hat. Es ist verfassungswidrig vorgegangen worden, denn man hat schon mit der Aushandlung des Hagenschießer Waldes begonnen, ohne den Landtag gebet zu haben. Folgendig ist, daß der Landtag dauernd einen Einfluß in die Geschäftsführung erhält. Das Unternehmen soll im allgemeinen die Billigung der Kommission, es wurden jedoch Bedenken geltend gemacht gegen die Schaffung einer Wohnsiedlung, und man sprach sich für die Erbauung von Wohnhäusern und Mooren aus. Mitleis wurde zugegeben, daß in der nächsten Zeit schwere Eingriffe in das Forst-

wesen erfolgen müssen. Es würden Jahrzehnte hingenen, bis der Wald wieder in der alten ordnungsmäßigen Weise bestanden würde. Ein schleuniger Abschluß des Vertrages wurde als wünschenswert bezeichnet. Die Kommission stellt den Antrag, das Staatsministerium zu beauftragen, den Vertrag abzuschließen.

Präsident Kapp teilt mit, daß von den Abg. Dr. Glodner, Dr. Scholer und Warum folgender Antrag eingegangen sei: Wir beantragen, der Landtag wolle zu dem jurischen dem Badischen Domänenrat und der Badischen Siedlungs- und Landbank G. m. b. H. abgeschlossenen Vertrag über die kaufmännische Abtretung eines Teils des Domänenwaldes Hagenschieß die Genehmigung unter folgenden Bedingungen erteilen: 1. Das Statut der Badischen Siedlungs- und Landbank unterliegt der Genehmigung des Landtages. 2. Die Mehrheit der Mitglieder des Aufsichtsrates der Siedlungs- und Landbank wird vom Staatsministerium ernannt. 3. Die Bestellung des Vorsitzenden des Aufsichtsrates bedarf der Genehmigung des Staatsministeriums.

Abg. Glodner (Zem.): Der Gedanke, eine dauerliche Siedlung zu schaffen, findet die Zustimmung unserer Fraktion.

Wir haben uns aber dagegen gewandt, daß schon die Ausfertigung vorgenommen wurde, ohne daß der Landtag gefragt wurde. Die Übertragung an eine Gesellschaftsform ist nicht ohne unsere Zustimmung. Man sollte die Siedlung für ein oder einige Jahrzehnte einer Nachbargemeinde zu teilen.

Abg. Stockinger (Soz.): Man sollte dafür sorgen, daß das Wasser der Morsheim durch die neue Siedlung nicht verdorben wird. Die Siedlungs- und Landbank sollte auf dem bisherigen Wege rückernehen.

Minister Rückert verteidigt die Haltung der Regierung. Die Arbeiten sollen dauernd überwacht werden.

Abg. Dr. Rehnert (Zem.): Auch wir beanstanden, daß die Regierung den Vertrag nicht rechtzeitig dem Landtag vorgelegt hat. Der Arbeitsminister hat erklärt, daß der Vertrag allseits berührt würde, das ist nicht richtig. Die Siedlungsbank hätte ihre Arbeit an einer anderen Stelle beenden sollen, wo sie keine Kulturen vernichtet hätte. Der Vertrag ist auch sachlich anfechtbar. Gegen den ganzen Plan bestehen weiterhin zahlreiche Bedenken. Die Schwere werden ebenfalls unter dem Unternehmen und es besteht auch die Gefahr, daß die Holzpreise in die Höhe getrieben werden.

Abg. Geyer (Zem.): Die Regierung hätte und rechtzeitig informieren sollen, jedoch wir nicht nachträglich genungen sind, so zu sagen. Ministerialdirektor Sammet bekennt auch, daß der Vertrag erst so spät mit vorgelegt werden konnte. Der Vertrag dürfte bereits an Weihnachten dem Landtag vorgelegt sein, da seine der Widerstand der Holzindustriellen ein, es wurde übersehen, dem Landtag rechtzeitig den Vertrag zu unterbreiten.

Abg. Dr. Scholer (Zem.) verlangt von der Regierung ein Programm, nach dem die Rekolonisation für Obedländerziele erfolgen soll.

Minister Rückert: Es sind folgende Rekolonisationsprojekte: das Waldschuttschnecken, das Siedlungsgelände zwischen Dorsel u. Wiesloch, das Aderland bei Kirchheim und Rheinheim bei Ruppelheim, Waldkolonien bei Zornschönberg, bei Söllingen, Reunburg und der Weimath. Diese Unternehmungen erfordern unzählige Millionen. Die Oberfinanz- und Landbank sollen auf diese Weise wie im Dogenstich einen Teil davon beschaffen.

Abg. Glodner äußert seinen Antrag in dem Sinne ab, daß die darin vorgesehene drei Punkte nicht als Bedingungen, sondern als Wunsch an die Regierung zu gelten haben. In der Eingeladung sprach der Abg. Dr. Gothein (Dem.) über eine Entschleunigung, in der ein Gutachten eines hervorragenden Ingenieurs über den Zustand des Waldes in Verschiebung nach Durchführung des Projektes verlangt wird. In einer weiteren Entschleunigung wird gefordert, daß das anfallende Holz im eigenen Gütervertrieb verarbeitet wird. Der Vertrag über den Dogenstich wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Gegenentschleunigung wurde ebenfalls angenommen.

Wahl des Staatspräsidenten.

Das Haus wählte hierauf durch Zufall den Staatspräsidenten aus und dessen Stellvertreter auf ein Jahr. Es wurden gewählt: am Staatspräsidenten der Abg. Geik und zu dessen Stellvertreter Juliusminister Traut. Die Gewählten erklärten sich zur Annahme der Mandate bereit. Den weiteren Gang der Abstimmung setzte das Haus ab und vertagte sich auf unbestimmte Zeit. Der Präsident entließ die Abgeordneten mit den besten Wünschen. Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Barthou gegen Revision des Friedensvertrages.

Paris, 25. März. (WB.) In der Deputiertenkammer hielt Barthou eine Rede (deren Anfang noch nicht vorliegt); Während eines Jahres hat Baron George politischen Ruhm und Wohnungen gehabt. Jetzt sieht er aus den Augenwinkeln, die er zugunsten Deutschlands machen will, ebenfalls Ruhm. Frankreich sei es, das allen Vermittlungen und der Revision ausgeliefert sei. (Beifall.) Deutschland entbehrte sich den wichtigsten Bedingungen, namentlich in Hinsicht auf die Entwaffnung und auf die Kohlenlieferung. Unerwartet gegen französische Offiziere und Soldaten können hüften vor. Redner verliest einen Bericht des Generals Ribot über den schändlichen Willen Deutschlands und seine Unfähigkeit, den Reklamationen Frankreichs Argumente entgegenzusetzen. Barthou fragte, ob der Ministerpräsident sich durch solche Gründe aufhalten liehe. Die Minister müßten gewiß eine gemeinsame Politik verfolgen; aber wenn es sich um Interessen gegen französische Offiziere handle und wenn die Minister eine gewisse Freizügigkeit erfordern, die notwendigen Maßnahmen zu veranlassen, dann könne Frankreich seine Politik unabhängig von dem Schwanzen der Allierten abändern machen. Frankreich müsse mit seinen Allierten handeln, aber wenn sie nicht mitgehen wollten, auch ohne sie. Frankreich sei noch stark genug, um Bedingungen, in denen eine Verletzung des Vertrags liegt, zu verweigern. Von der alten deutschen Armee seien 100 000 Mann verblieben. Außerdem existiere eine neue Armee von 200 000 Mann, ganz abgesehen von den Truppen, die aufgestellt worden seien unter Verletzung des Friedensvertrages. Barthou sagte, er glaube, daß man sich unerschütterlich in einer Reihe befände. Das dürfe man nicht mit Stillschweigen übersehen.

Barthou betraute dann die Rekolonisation durch Amerika und sagte, es sei auch keine Hoffnung, daß Amerika schließlich doch noch rekolonisiert werde. Vor allem aber sei es dauerhaft, daß es dem Völkerverd, der ein Instrument des Friedens und Fortschrittes sei, nicht angedere. Barthou wunderte sich, daß Lord Robert Cecil von einem Vortell Englands in Afrika sprach. England habe auch seine Sicherheiten in Europa erhalten durch die Verletzung der deutschen Flotte, während Frankreich noch nicht einmal wisse, warum die deutsche Armee noch nicht entwaffnet sei. Man habe die deutsche Armee als „Reinliche Armee“ nach Deutschland zurückkehren lassen. England aber habe die Verletzung der deutschen Flotte erlitten. (Beifall.) Barthou drückte sich auch darüber, daß die allgemeine Dienstpflicht in England verstanden sei. Es gestalte sich die Lage Frankreichs angesichts dieser Zustände. Frankreich könne nicht seine Armee vergrößern und auch nicht sagen, wie haben keine Menschlichkeit mehr. Auf England aber ruhe nicht die Last mehr, einen Teil seiner Jugend unter den Waffen zu halten.

Mit scharfen Worten monierte sich abdann der Redner gegen den Versuch, den Friedensvertrag zu revidieren. Die Revision werde doch nur gemacht werden zum Schaden Frankreichs und zum Nutzen Deutschlands. Der Ministerpräsident habe gehandelt. Die Einigkeit der Allierten sei wieder herzustellen worden und er hoffe, daß sie in diesem Sinne fortzahren werden.

Barthou ging abdann dazu über, daß russische Probleme zu besprechen. Er sagte, man solle sich innehmen, daß man an der Haltung Ribits und der Tschakar, daß Baron George die italienische Politik ermunte, nicht in Richtung auf Itali komme.

Schließlich erklärte Barthou: Amerika habe im Jahre 31 000 Mann verloren, das bedeute einen Mann auf 2000 Einwohner. Italien 455 000 Soldaten oder insoweit einen Mann auf 70 Einwohner. England 335 000 Mann, also einen Mann auf 51 Einwohner, Frankreich aber angeblich 1 350 000 Mann (was aber in Wirklichkeit nicht der Wahrheit entspricht), also einen Mann auf 23 Einwohner. Diese Toten und diese Ruinen seien Zeichen Frankreichs. Die neuen Deutschen, welches das Defizit verursacht habe, die Kommissariate der Wiedergutmachungen, die in den Friedensvertrag eingeschrieben seien, auf. Mit herrlicher Stimme sprechen Frankreichs Tod zu den Allierten, die Solidarität aufrecht zu erhalten, die während des Krieges bestanden habe.

Aus Stadt und Land.

Abänderung der Luftverkehrssteuerordnung.

Als erster Punkt der Tagesordnung der heutigen Bürger-... Die Erinnerung, wurde in der Sitzung vom 21. März...

Der für alle übrigen Veranstaltungen vorgesehene Satz von 50 Prozent wurde für einen Teil, nämlich die schon erwähnten Wettspiele, welche der öffentlichen Erziehung dienen...

Nach den Anträgen der gemischten Kommission beträgt demnach die Kartensteuer für Hippodromtheater, Variététheater, und sonstige Theaterveranstaltungen mit Ausnahme des...

Altmannheimer Familien.

Der Einband des Mannheimer Altertumsvereins ist zum Vortrag des Herrn Rechtsanwält Dr. H. Waldel war man sehr reichlich gefolgt. Unter dem Begriff „Altmannheimer Familien“ versteht der Vortragende die um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts...

sonstige Vorträge usw. werden erhoben: bei einem Eintrittsgeld bis zu 1 Mark und wenn keine vorhanden sind für 200 Personen und weniger 20 Mark; von 201-400 Personen 30 Mark...

Elise Schmidt f.

Am 24. März wurde eine Persönlichkeit zur letzten Ruhe be-... Elise Schmidt war die erste Lehrerin, die hier an einer öffentlichen Schule unterrichtete. In Mannheim als Tochter eines badischen Beamten geboren, begann sie ihre erzieherische Tätigkeit an dem Mädcheninstitut Bailhede...

* Einmalig angestellt wurde als Eisenbahningenieur Ingenieur Georg Fridmann in Mannheim. * Gefallenengedenkstiftung. Am Palmsonntag, 28. März, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Lutherkirche (Niederstadt) eine Gedächtnisfeier für die im Weltkrieg gefallenen Mitglieder...

* Der Verein für klassische Kirchenmusik veranstaltet am kommenden Sonntag, den 28. März, anstelle des üblichen Predigtgottesdienstes um 8 Uhr in der Konordkirche eine nach dem Vorbild der alten Passionen von Schütz und Bach einseitig zusammengestellte schlichte Passionsfeier...

* Ein seltenes Jubiläum begeht in den nächsten Tagen der Senior der Mannheimer Journalisten, Herr Lokalredakteur Fritz G. E. Vor 50 Jahren, am Oktober 1870, ist Herr G. E. als Schriftsetzerlehrling in die Schmiedische Buchdruckerei...

* Kirchenblüte an der Bergstraße. Die Kirchsbäume längs der ganzen Bergstraße stehen die kommenden Palmsonntag bei der gegenwärtig warmen Witterung in voller Blütepracht. Es lohnt sich wirklich der Mühe, die Pracht mit eigenen Augen zu sehen...

* Großer Anflug. Durch einen heftigen Bombenschlag wurden vergangene Nacht gegen 12 Uhr die Bewohner des Lindenweggebietes erschreckt. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden...

Hausbrand. Wegen heftiger Unwetter brachte sich am 25. d. M. abends, ein 33 Jahre alter Schiffer von Wülfen, wohnhaft in der Gartenstraße, im Hause Glasstraße Nr. 23 in Wülfen einen Hausbrand an...

Unfall. Der 2 1/2 Jahre alte Sohn eines Eisenbahnpolizeiwachmannes von hier stürzte am 24. d. M. im Hofe des Anwesens H. G. 15 beim Spielen von einem stehenden Brauerkühler herunter und erlitt einen Schädelbruch...

Gasexplosion. Während der Vornahme von Reparaturarbeiten an der Gasleitung des Hauses 1. 11. 20 explodierte gestern Nachmittag ungeachtet des Gases, wobei ein Inhaberge und ein Dienstmädchen Brandwunden davontrugen...

Entsprungenen Gefangenen. Beim Rücktransport zweier gefährlicher Strafgefangener von Kempten bei noch dem heiligen Amtsentzug ein Fluchtversuch. Da er auf einen Scherenschnitt nicht sofort stehen blieb, feuerte sein Transporteur, ein Kriminalbeamter, einen zweiten Schuß auf ihn ab...

Ein Zusammenstoß zwischen einer mit 5 Fahrgästen besetzten Lokomotive und einem Strohbohnenwagen der Linie 5 erfolgte gestern Nachmittag an der Ecke der Mittel- und Beselgassestraße...

Verhaftet wurden 14 Personen wegen verschiedener freizeittlicher Handlungen, darunter der Koch Emil K. von hier wegen Schleichhandels.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe.

Table with columns: Ort, Culturbad in NN, Temp. C, Wind, Wetter, Niederschlag in 24 Stunden mm. Lists various locations like Hamburg, Königsberg, Berlin, Frankfurt a. M., etc.

Table with columns: Ort, Temp. in NN, Wind, Wetter, Niederschlag. Lists Karlsruhe, Heidelberg, Konstanz, etc.

Wetternachrichtendienst. Der weltliche Tiefdruckkegel hat über Nacht auch in Baden Leicht Regenfälle gebracht. Unter dem Einfluss föhniger Winde sind die heutigen Regenschauer in der Rheingebirge bis zum 5. Grad gestiegen...

dem Oberlauf stammt die Familie D a m e n. Andreas D. wurde an die Akademie Carl Theobors Morber berufen, von seinen fünf Söhnen sind zwei Kadetten geworden...

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

* Theaternachricht. Die Kaiserlicheren Stätten beziehen, daß der am dortigen Stadttheater angestellte Tenor Gunar Graud als erster Heldentenor an die Bühne des Mannheimer Nationaltheaters verpflichtet wurde...

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Die Wirtschaftslage.

Mannheim, 26. März.

Die letzte Betrachtung schloß mit einer Bemerkung über den Generalstreik, in der auf die gewaltige Verantwortung für seine Anwendung bei unserer darniederliegenden Wirtschaft hingewiesen wurde. Die Befürchtung, daß es nicht bei einem zäsenden Protest durch Arbeitsruhe bleiben würde, war mehr als berechtigt. Man kann der Meinung sein, daß ein Generalstreik in Zeiten der wirtschaftlichen Not eine Art Versuchung ist. Zum Beleg hierfür sei darauf hingewiesen, daß bei 5 Millionen organisierten Arbeitern und einem Tagesverdienst von durchschnittlich 25 M die 100 Millionen Mark Lohnausfall doch eine Summe sind, die bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen eine Rolle spielen. Dazu kommt noch der Produktionsausfall, der die Warenknappheit entsprechend vergrößert. Diese volkswirtschaftlichen Ausfälle würden nun verdoppelt, wenn für die nicht-geldeste Arbeit die entsprechenden Lohnzahlungen vorgenommen werden müßten. Doch sehen wir von dem Generalstreik und seinen wirtschaftlichen Störungen ab. Die schlimmste Folge ist, daß er in großer Zahl wieder Dauerstreiks ausgelöst hat, die unserm Wirtschaftsleben schwere Schädigungen bringen. Hierbei soll die größere Disziplin der besonnenen Arbeiterschaft erwähnt werden, die es mit 24 Stunden Streik bewenden ließ. Zugleich wird aber auch dargetan, daß Unbesonnenheit und mangelnde Disziplin des Mob stets eine Gefahr für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung darstellt. Das Gut des Arbeitswillens und der Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes, gleich ob Arbeiter oder Bürger, muß gegen Terror geschützt werden und hier wäre es Aufgabe einer Regierung, die Freunde der Ordnung zu sammeln, zu führen und die Verantwortung in Zukunft dafür zu übernehmen, ob der Generalstreik wegen seiner wirtschaftlichen Zerschneidigkeit im einzelnen Fall angewendet werden soll oder nicht.

Die unmittelbaren wirtschaftlichen Auswirkungen im Innern lassen sich ihrer Größe nach noch nicht überschauen. Soviel aber ist gewiß, daß die etwas freundlicheren Aussichten für die Kohlenversorgung Südwestdeutschlands sich nicht verwirklichen werden. Meldungen, die den Fortgang der Kohlenproduktion trotz der Kämpfe im Ruhrgebiet behaupten, sind wenig glaubhaft, weil man sich nicht vorstellen kann, wie in politisch hocherregten Zeiten eine gute Arbeitsleistung verwirklicht werden soll. Auch sonst sind die Störungen der Wirtschaft recht empfindlich. Hervorgehoben sei nur die Unterbindung des Verkehrsweens durch die Uebertreibung des Streiks der an lebenswichtigen Betrieben nicht halt machte. Auch das Postwesen und das Telefonwesen ist bis heute noch nicht wieder voll flott gemacht und ähnlich ist es in vielen anderen Dingen. Ueberall Lahmlegung und Behinderung.

Im Verhältnis zum Ausland sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der Lage etwa folgende: Man war dort von dem Kapp-Putsch wohl überrascht, übte aber zunächst Zurückhaltung, die wirtschaftlich ein Abwarten bedeutete. Der Glaube, daß der Weg zu wirtschaftlicher Gesundung Deutschlands dadurch verschüttet würde, war zunächst nicht begründet. Die Schwarzmalerei der linken Presse war daher durchsichtig. Nachdem dann der Kapp-Putsch von den links-radikalen Triebkräften abgelehnt war, hat das Ausland aber gleichfalls abwartende Besonnenheit gezeigt. Die Wechselkurse unterlagen z. B. wohl manchen Schwankungen, sie waren aber nicht wesentlicher Art und die Kurse selbst ohne bedeutendere Verschlechterung. Von den Tiefständen, die die Mark schon erlebt hatte, war man beachtlich entfernt. Hieraus ist zu entnehmen, daß man dafür überhaupt nur geringes Interesse hat, ob am gerechlichen deutschen Wirtschaftskarren noch ein paar Radspiechen kaputt gehen oder nicht. Die Lage war ohnehin nicht günstig, die Zügelführung in der Wirtschaft nicht viel wert, so daß man am klügsten tat, eben die weitere Entwicklung abzuwarten. In dieser Richtung bewegten sich auch andere Dinge. Von Schritten, die eine praktische Verwirklichung des wirtschaftlichen Manifestes der Entente bedeuten würden, hört man nichts mehr.

Dafür wurde gemeldet, daß die Vereinigten Staaten einen Kredit von 1 Milliarde Dollar in Form von Baumwolle und Lebensmitteln geben wollen. Der ganze Stand der internationalen Wirtschaftsverständigung läßt jedoch erkennen, daß man über die Vorschläge und Pläne nicht hinauskommen scheint. Angesichts dieser Lage scheint es notwendiger denn je, einmal dem Revolutionsbakterium im Innern energisch zu Leibe zu gehen. Das Heilmittel dagegen ist die Arbeit, denn wenn alle wirklich leisten, was sie können, dann wird bald keine Zeit mehr zu nutzlosem Politisieren sein.

Daß unsere Währung einem allmählichen Sterben entgegengeht, wurde schon öfters ausgeführt. Neuerdings aber macht sich die Mode immer mehr breit, daß man in Deutschland die Verwendung der gesetzlichen Zahlungsmittel überhaupt mehr und mehr ausschaltet. Wir haben auf das Vorgehen in der Eisenindustrie hingewiesen, die teilweise Bezahlung in Auslandsgeld für ihre Lieferungen verlangt. Nun liegt eine Beschwerde der Kalandindustrie hierzu vor. Uns will es dünken, daß das Verlangen nach Zahlung in Auslandnoten nur dazu beitragen kann, das Ausland in einer geringen Einschätzung unserer Papiermark zu bestärken. Wir alle haben aber das Interesse, alles zu tun, um das Vertrauen zu heben. In dieser Richtung liegt aber die Unterlassung jeder nicht unbedingt nötigen Nachfrage nach Auslandsgeld, das den Stand der Mark wieder drücken würde. Zugleich ist aber damit klar erwiesen, daß wir endlich Schlüsse machen müssen mit jeder weiteren Inflation durch neues Papiergeld. Hoffen wir, daß der neue Reichsfinanzminister sich zu dieser ersten Tat in Bälde aufschwingen möge.

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 26. März. (Drahtb.) Der heutige Börsenverkehr nahm einen regen Verlauf. Die Geschäftstätigkeit beschränkte sich in der Hauptsache auf Auslands- und Kolonialpapiere. Hier war die Tendenz sehr fest bei durchweg anziehenden Kursen. Spekulative Käufe führten zur Erholung der Otavi-Minen und -Genußscheine. Auch Neu-Guinea lagen fest. Kolonialanteile wurden bis 11.700, Pomona 15.300, Südwest, leere 2550, deagl. volle bis 2600 gehandelt. Südsee 4000-4030 umgesetzt, Canada 1375-1400. Desgleichen blieb im freien Verkehr Mansfelder Kuxe 2000-2025 gefragt. Julius Siebel 2000, Ludwigwig Gans 410. Kolmanskop streiften den Kurs von 700. South-West ca. 30% höher. Deutsch-Uebersee-Elektrische stiegen auf 1430, +110%. Schantungbahn anziehend. Auch erhielt sich lebhaftes Interesse für Schiffahrtsaktien. Petroleumaktien blieben bei regem Verkehr fest. Deutsche Petroleum stiegen ca. 30%. Steaua Romana 1310 genannt. Montanpapiere verbesserten vereinzelt den Kurs, so u. a. Harpener, Deutsch-Luxemburger, während Gelsenkirchener 4% einbüßten. Adler Kleyer, welche ausschließlich Bezugsrecht notierten, gingen 267 um. Daimler bis 370 Geld gefragt. Auch Benz waren höher. Ferner lagen chemische Aktien unter Bevorzugung von Badische Anilin, Farbwerke Höchst, Elektro Griesheim, Farbwerke Mühlheim, Elektro Felten u. Guillemeu setzten ihre Aufwärtsbewegung fort. 527. Auch A. E. G., Licht u. Kraft und Schuckert blieben gesucht. Kassaindustriepapiere bewahrten günstige Stimmung. Es standen u. a. Spinnerei Ettlingen, Brancor Sinner und ver-

schiedene Maschinenfabriken bei erhöhten Kursen in Nachfrage. Heimische Anleihen lagen ruhig, aber fest. Mexikaner durchweg höher und auf Deckungen lebhaft gesucht. Anatoische Prioritäten anziehend. Die Börse schloß allgemein fest. Auslandspapiere schwankend. Morgen, Samstag, den 27. d. Mts. bleibt die Börse geschlossen.

Kurse der Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte.		Bank- und Industriepapiere.	
25	26	25	26
a) Mannheimer.			
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100
b) Deutsche.			
100/100 Reichs-Anl. 1914	100	100/100 Reichs-Anl. 1914	100
100/100 Reichs-Anl. 1915	100	100/100 Reichs-Anl. 1915	100
100/100 Reichs-Anl. 1916	100	100/100 Reichs-Anl. 1916	100
100/100 Reichs-Anl. 1917	100	100/100 Reichs-Anl. 1917	100
100/100 Reichs-Anl. 1918	100	100/100 Reichs-Anl. 1918	100
100/100 Reichs-Anl. 1919	100	100/100 Reichs-Anl. 1919	100
100/100 Reichs-Anl. 1920	100	100/100 Reichs-Anl. 1920	100
c) Ausländische.			
100/100 Reichs-Anl. 1914	100	100/100 Reichs-Anl. 1914	100
100/100 Reichs-Anl. 1915	100	100/100 Reichs-Anl. 1915	100
100/100 Reichs-Anl. 1916	100	100/100 Reichs-Anl. 1916	100
100/100 Reichs-Anl. 1917	100	100/100 Reichs-Anl. 1917	100
100/100 Reichs-Anl. 1918	100	100/100 Reichs-Anl. 1918	100
100/100 Reichs-Anl. 1919	100	100/100 Reichs-Anl. 1919	100
100/100 Reichs-Anl. 1920	100	100/100 Reichs-Anl. 1920	100

Bank- und Industriepapiere.		Frankfurter Devisenmarkt vom 26. März.	
25	26	Gold	Brief
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100
Frankfurter Devisenmarkt vom 26. März.			
Gold	Brief	Gold	Brief
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100

Kurse der Berliner Börse.

Festverzinsliche Werte.		Bank- und Industriepapiere.	
25	26	25	26
a) Eisenh.-A.			
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100
b) Schiff.-A.			
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100
c) Ind.-Akt.			
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100

Bank- und Industriepapiere.		Valutapapiere.	
25	26	25	26
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100
Valutapapiere.			
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100

Bank- und Industriepapiere.		Antliche Devisenkurse.	
25	26	25	26
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100
Antliche Devisenkurse.			
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100

Bank- und Industriepapiere.		Antliche Devisenkurse.	
25	26	25	26
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100
Antliche Devisenkurse.			
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100

Bank- und Industriepapiere.		Antliche Devisenkurse.	
25	26	25	26
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100
Antliche Devisenkurse.			
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100

Bank- und Industriepapiere.		Antliche Devisenkurse.	
25	26	25	26
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1914	100
100/100 Mannh. v. 1915	100	100/100 Mannh. v. 1915	100
100/100 Mannh. v. 1916	100	100/100 Mannh. v. 1916	100
100/100 Mannh. v. 1917	100	100/100 Mannh. v. 1917	100
100/100 Mannh. v. 1918	100	100/100 Mannh. v. 1918	100
100/100 Mannh. v. 1919	100	100/100 Mannh. v. 1919	100
100/100 Mannh. v. 1920	100	100/100 Mannh. v. 1920	100
Antliche Devisenkurse.			
100/100 Mannh. v. 1914	100	100/100 Mannh. v. 1	

Dereinsnachrichten.

Eine Verammlung des Vereins der Lichtspieltheaterbesitzer... Die heutige Verammlung wurde durch den Vorsitzenden...

Heinrich Karl zu 6 Monaten, der Arbeiter Ernst Wagner zu 3 Monaten... Der Kampf gegen Schleichhandel und Schiebertum.

Offenburg, 23. März. Gegen Zuhälterhandlungen... Pfalz, Hessen und Umgebung.

A. Hirschhorn 24. März. Eine denkwürdige erhabende Feler... Der Kampf gegen Schleichhandel und Schiebertum.

Gemeinde sind jetzt die in Gefangenschaft geratenen Kriegsgefangenen... In festiger, geistlicher Voile - Blusen.

Heidelberg. Villa. D. 8. S. K. mit 12000 qm Garten... Verkaufte. Ein fertiger, geistlicher Voile - Blusen.

Mannheimer Straßammer. Straßammer III. Sitzung vom 16. März. Frau Emma Kramer geb. Hössel.

Todes-Anzeige. Heute früh verschied nach kurzer Krankheit mein lieber Mann...

Flach-Schreibtische. Akten-Schränke. Schreibmaschinen-Tische. Reif & Wicht, Mannheim.

Offene Stellen. Offene Lehrstellen. Wir suchen zum baldmöglichsten Eintritt... Konto-Korrent-Buchhalter.

Werkmeister. Großen industriellen Werk der Nahrungsmittelebranche... Flotte Stenotypistin.

Verkäufe. Ein fertiger, geistlicher Voile - Blusen. 1 Paar Lackhalbschuhe.

Küche. 1 Bandoneon mit Koffer billig zu verkaufen. Auktionsverkauf.

Staubsaug-Apparat. Kauf-Gesuche. Wir suchen für taugliche Kopflampen...

Kohlen. Kohlenhandlung. Bögler & Co., G. m. b. H. Hand-Maschinenhohlsäme, Kunststickerei.

Küchen-Einrichtungen. Möbelhaus L. Zahn, J 5, 10. Massive Halle.

Konditoreien, Kaffees u. Restaurants zu verkaufen. 1 weiß-emailierter Gasboiler...

Drehstrommo'or. 80 PS., 230/120 V., 1800 Tour. Schleichr. Anl. BAV. Kopler. Fabr. B. B. C.

Oberreisende. Redegewandte Herren u. Damen. Aushilfsbuchhalter.

Mädchen. Ein tüchtiges, braunes Dienstmädchen. Stellen-Gesuche.

Lehrstelle. in der elekt. oder telemechanischen Branche. Werkzeugschlosser oder Modellschneider.

Ein Elektro-Motor. Benzinmotor. 1 Kompletter Salon.

Schreibmaschine. Nähmaschine. Kinderwagen.

Ein kompletter Salon. Grosser Restaurat.-Herd.

Kinderwagen. Miet-Gesuche. 3-Zimmerwohnung.

Wohnungstausch. 2 Zimmerwohnung. 3-4 Zimmerwohnung.

Weinrestaurant. 4-stücker Wirt mit Weinhandlung...

Unterricht. Führt einleit. Schriftst. erweist Können...

Buchführung. mit Bilanzwesen. Stenographie...

